

Rede des Landrats zur Einbringung des Entwurfs des Haushaltsplans für 2015

„Wir stellen uns neuen Herausforderungen, ohne mehr Geld zu fordern!“

Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,

liebe Kolleginnen und Kollegen von der Verwaltung,

meine Damen und Herren,

wenn sich derzeit Landräte zu Besprechungen treffen, dann steht ein Thema im Vordergrund: die Aufnahmen von Flüchtlingen aus den Krisenregionen Vorderasiens und Nordafrikas. Auch innerhalb der Kreisverwaltung beschäftigt uns dieses Thema tagtäglich. Im Bodenseekreis haben wir seit Mitte letzten Jahres ungefähr 750 Menschen aufgenommen, die politisches Asyl beantragt haben. Die Zahlen steigen nach wie vor, ein leichter Entlastungseffekt durch die Eröffnung der zweiten Landeserstaufnahmestelle in Meßstetten wird eine vorübergehende Erscheinung sein. Wir rechnen damit, dass wir im kommenden Jahr etwa 100 Flüchtlinge pro Monat werden aufnehmen müssen. Wir stellen uns dieser Aufgabe, Menschen, die aus Gefahr für Leib und Leben geflohen sind und zu uns kommen, nicht nur unterzubringen, sondern ihnen auch Chancen zu eröffnen, hier eine neue Lebensgrundlage zu finden. Wir sollten auch die Chancen erkennen, die sich unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft ergeben, wenn wir die Flüchtlinge hier integrieren. Das bedeutet aber auch, dass wir mehr tun müssen, als nur für ein Dach über dem Kopf zu sorgen. Grundlage für die Integration ist die Sprache. Wir bieten Sprachkurse mit unterschiedlichem Niveau und Zielsetzung an, die den Kenntnissen und Fähigkeiten der Menschen entsprechen. Gemeinsam mit den Betrieben vor Ort versuchen wir, Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten zu finden. Dank eines großartigen Engagements von vielen ehrenamtlich tätigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern können wir auch darüber hinaus praktische Lebenshilfen anbieten.

Auf diese Herausforderung reagiert auch der vorliegende Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2015. Im Vermögenshaushalt haben wir 2,2 Mio Euro für die Schaffung von neuem Wohnraum vorgesehen. Die Leistungen, die wir den zu uns kommenden Menschen gewähren - von der Hilfe zum Lebensunterhalt über Wohnraum bis hin zur Sprachförderung schlagen im Verwaltungshaushalt mit 6,9 Mio Euro zu Buche. Im Personalhaushalt sind Kosten für die - zunächst befristete - Beschäftigung von Kollegen im Bau- und Liegenschaftsamt und im Sozialamt berücksichtigt. Denn der Bau von neuen Unterkünften, der Abschluss von Mietverträgen, die Betreuung in Gemeinschaftsunterkünften und auch die verwaltungstechnische Abwicklung muss von irgend jemandem bewältigt werden - neben dem normalen Geschäft, das ja auch weiterläuft. Weil hier die Beschäftigung erst einmal befristet vorgesehen ist, um zu sehen, was die weitere Entwicklung bringt, hat das zunächst noch keine Auswirkung auf den Stellenplan. Im Personaletat sind die Kosten aber berücksichtigt. Wir werden

auf den Kreistag zukommen, wenn sich die Situation verfestigt oder wenn wir für befristete Stellen niemanden finden.

Unbefriedigend ist aber nach wie vor die Kostenerstattung durch das Land. Zwar wurde, und das will ich positiv anmerken, die pauschale Kostenerstattung angehoben, aber das reicht nach wie vor nicht. Den vorher erwähnten Ausgaben in einer Gesamthöhe von 9,1 Mio Euro stehen Einnahmen in Höhe von 5,4 Mio Euro gegenüber. Das heißt, dass der Landkreis aus eigenen Mitteln 3,7 Mio Euro für diese eindeutig staatliche Aufgabe aufbringen muss. Hier bleibt das Land aufgefordert, den Kommunen das zu erstatten, was sie zur Erfüllung dieser wichtigen Aufgabe brauchen.

Unbefriedigend ist auch ein weiterer Umstand: das Land Baden--Württemberg sorgt nicht im notwendigen Maß dafür, dass Menschen aus sicheren Drittstaaten wieder in ihre Heimat zurückkehren. Wir schaffen es fast nicht, diejenigen Flüchtlinge, die wirklich politisch verfolgt sind, bei uns unterzubringen. Deshalb ist es dringend notwendig, den begrenzten Wohnraum denjenigen zukommen zu lassen, die ihn wirklich nötig haben. Und das setzt eben voraus, dass diejenigen, bei denen das nicht der Fall ist, in ihre Heimat zurückkehren.

Lassen Sie mich nun nach diesen Ausführungen zum derzeitigen Thema Nr. 1 zu den Rahmendaten des Haushaltsplanentwurfs 2015 kommen:

Wir legen Ihnen einen Haushalt vor, der nicht nur einen weiteren Schuldenabbau und eine konstante Kreisumlage vorsieht, sondern auch Investitionen von 23,5 Mio Euro. Um ihn allerdings ausgleichen zu können, greifen wir unsere Ersparnisse erneut an und sehen eine Rücklagenentnahme in Höhe von 3,1 Mio Euro vor. Allerdings konnten wir in den vergangenen Jahren unsere Rücklage durch gute Jahresergebnisse jeweils wieder auffüllen, so dass das auch gerechtfertigt ist.

Ausgesprochen erfreulich hat sich die Finanzkraft unserer Städte und Gemeinden entwickelt. Die gestiegene Steuerkraftsumme hat zwei Effekte: zum einen steigt die Kreisumlage bei gleichbleibendem Hebesatz um fast 8,8 Mio Euro auf 79,3 Mio Euro, andererseits sinken die Schlüsselzuweisungen um 1,7 Mio Euro. Und trotz gesteigener Einnahmen aus der Kreisumlage erreichen wir damit immer noch keine Abdeckung des Defizits der Sozialausgaben, das auf 82,4 Mio Euro steigt. Im Gegensatz zu den meisten Kreisen in Baden-Württemberg leisten wir es uns also, hinter der Faustformel zurück zu bleiben, die besagt, dass die Einnahmen aus der Kreisumlage das Defizit des Sozialhaushalts ausgleichen sollte. Um hier einen Ausgleich zu erreichen, wäre eine Erhöhung der Kreisumlage um 1,2 Prozentpunkte erforderlich gewesen.

Auch ein weiterer Umstand hätte eine Kreisumlagerhöhung gerechtfertigt: Wir sind dem Bund ausgesprochen dankbar, dass - nachdem seit zwei Jahren die kompletten Kosten der Grundsicherung im Alter übernommen werden - nun auch das Versprechen wahr gemacht wird, in die Finanzierung der Eingliederungshilfe für Behinderte einzusteigen. Da die Trägerschaft der Eingliederungshilfe für behinderte

Mitmenschen in den Bundesländern höchst unterschiedlich geregelt ist, kann der Bund diese Entlastung nicht direkt den Landkreisen zukommen lassen, sondern macht dies über den Umweg einer Erhöhung des Umsatzsteueranteils der Städte und Gemeinden. Auf diese Weise werden im kommenden Jahr die Städte und Gemeinden des Bodenseekreises rund 1,1 Mio Euro mehr erhalten - Geld, das nach dem eindeutigen Willen des Gesetzgebers dem Landkreis zusteht. Wie gesagt: wir schlagen trotzdem keine Erhöhung der Kreisumlage vor, weil wir den Haushalt auch so ausgleichen können. Wir werden aber diesen Umstand in einer "virtuellen Sonderrechnung" im Auge behalten und bei Bedarf auch einfordern - etwa, wenn es um die Finanzierung der großen Straßenvorhaben in Kehlen oder Markdorf geht oder die weitere Verbesserung unserer beruflichen Schulen.

Auch im kommenden Jahr werden wir Schulden abbauen. Die ordentliche Tilgung ist mit gut 2,4 Mio Euro vorgesehen. Wenn das Jahr 2015 läuft, wie wir es jetzt planen, bedeutet das, dass wir Ende 2015 noch einen Schuldenstand 29,1 Mio Euro haben werden. Das ist zwar nach meiner Auffassung immer noch deutlich zu viel. Aber ich bin dennoch einigermaßen zufrieden, dass es damit gelingen wird, unsere Schulden innerhalb von acht Jahren praktisch zu halbieren. Ich denke, das kann sich sehen lassen. Die allgemeine Rücklage wird dann noch 16,2 Mio Euro betragen. Das reicht zwar nicht, um die großen Bauvorhaben zu finanzieren, von denen ich schon gesprochen habe. Aber es ist doch ein guter Grundstock dafür.

Nicht erfreulich ist die Entwicklung bei der Ausschüttung der Oberschwäbischen Elektrizitätswerke. Diese geht auf nunmehr knapp 1,6 Mio Euro zurück. Das sind fast 2,4 Mio Euro weniger als im letzten Jahr. Wir allen wissen, dass diese ganz wesentlich von dem Betriebsergebnis der EnBW abhängt. Und das ist, wie wir fast täglich in den Zeitungen lesen, nach wie vor rückläufig. Doch gilt es, einen Blick aufs Ganze zu werfen: Der Technikvorstand der EnBW, Dr. Zimmer hat bei der diesjährigen Informationsveranstaltung auf beeindruckende Weise nachgewiesen, dass sich die EnBW wie kein anderer der großen Energieversorger auf die Energiewende eingestellt hat. Milliardeninvestitionen in den Offshore-Windpark Baltic II in der Ostsee, in das neue Kavernenkraftwerk Obervermunt II im Montafon, das von den Illwerken betrieben wird, in Netze und Speichieranlagen machen die EnBW fit für die Zukunft. Bis das aber alles bewältigt ist, werden wir uns auf eine weitere Durststrecke in Sachen OEW-Ausschüttung einrichten müssen. Erst ab 2017/18 sieht da – nach heutigem Wissen – die Welt wieder freundlicher aus. Erfreulich ist auch anzumerken, dass sich die EnBW immer stärker als Partner der Kommunen versteht. Die Beteiligung einer ganzen Reihe von Stadtwerken an den neuen Energieanlagen der EnBW oder auch die in Gründung befindliche Netzgesellschaft Bodensee-Allianz beweisen das. Trotzdem dürfen wir nicht unzufrieden sein: Landkreise, die nicht an der OEW beteiligt sind, wären dies gerne. Und zur Wahrheit gehört auch, dass es vor der Jahrtausendwende viele Jahre überhaupt keine Ausschüttung der OEW an die Landkreise gab.

Lassen Sie mich einen Blick auf die Personalkosten werfen. Der Gesamtbetrag steigt auf rund 47,3 Mio Euro und damit um 2,95%. Darin sind allein die tariflich

vereinbarten bzw. gesetzlichen Steigerungen für Beschäftigte und Beamten und die schon erwähnten Kosten für befristet Beschäftigte im Asylbereich enthalten. Der Stellenplan reduziert sich um 3,6 Stellen – das ist vor allem eine Folge der Organisationsuntersuchung im Vermessungsamt. Dankbar sind wir dem Land Baden-Württemberg für die schon erfolgte Finanzierung der Stelle eines Integrationsbeauftragten sowie der anstehenden Finanzierung des Behindertenbeauftragten im kommenden Jahr. Überhaupt: von den gesamten Personalkosten finanziert der Landkreis netto gerade einmal knapp zwei Drittel. Knapp 16 Mio Euro und damit etwas mehr als ein Drittel der gesamten Personalkosten werden von Bund und Land übernommen, etwa im Bereich des Jobcenters oder der Schulsozialarbeit.

Dank der Erhöhung des Aus- und Fortbildungsetats durch den Kreistag vor drei Jahren konnten wir einerseits ein Schulungsprogramm für Führungskräfte einrichten und andererseits ein solches für Nachwuchskräfte. Das Programm für Führungskräfte läuft bereits seit längerem erfolgreich, vor kurzem ist nun die erste Staffel – so heißt das, glaube ich, in Zeiten von „Deutschland sucht den Irgendwen“ – für Nachwuchskräfte angelaufen. Sehr erfreulich ist, dass wir deutlich mehr Bewerbungen von jungen Kolleginnen und Kollegen hatten, als Plätze zu vergeben waren. Wir werden also bald eine Neuauflage starten können.

Entlastend für den Verwaltungshaushalt, und auch hier bin ich dem Land dankbar, wirkt die Einigung des Landkreistages mit dem Land beim Gemeinschaftsaufwand der Straßenunterhaltung, die im zu Ende gehenden Jahr endlich erfolgt ist – kurz bevor der erste Landkreis eine Klage gegen das Land einreichen wollte. Wir sind bestrebt, das durch die Unterdeckung der letzten Jahre aufgelaufene Defizit nun Stück für Stück abzubauen.

Wie schon erwähnt, ist der Zuschussbedarf im Sozialetat erneut gestiegen auf nunmehr rund 84,4 Mio Euro – übrigens bei einem Gesamtvolumen der Sozialausgaben von knapp 142 Mio Euro, der Kostendeckungsgrad liegt also bei etwas über 40%. Doch lohnt sich auch hier eine differenzierte Betrachtung: während im Bereich der Jugendhilfe und des Jobcenters der Zuschuss leicht sinkt, steigt er bei der Eingliederungshilfe für Behinderte deutlich an. Woran liegt das? Beim Jobcenter liegt die Antwort auf der Hand: die gute wirtschaftliche Lage und die immer noch beachtliche Arbeit unserer Fallmanager und Arbeitsvermittler tragen dazu bei. Bei der Jugendhilfe führe ich das auf den weiteren Ausbau der frühen Hilfen bei, die es Mitmenschen in schwierigen Lagen ermöglichen, unkompliziert Hilfe in Anspruch zu nehmen, bevor richtig teure Maßnahmen notwendig werden. Bei der Eingliederungshilfe für Behinderte ist nach wie vor eine deutliche Zunahme bei den seelisch behinderten Menschen zu verzeichnen. Aber auch die älter werdenden behinderten Menschen tragen zu den gestiegenen Kosten bei. Übrigens zeigt sich, dass unser seit Jahren verfolgte Weg, mehr ambulante und dezentrale Hilfsangebote zu schaffen, keineswegs immer kostenmindernd wirkt. Hier gilt es, die weitere Entwicklung sehr genau im Auge zu behalten. Ich bin froh, dass der Bund sein Versprechen wahr macht und nun die Träger der Eingliederungshilfe Stück für Stück

entlastet – ich hatte darauf bereits vorher im Zusammenhang mit der Kreisumlage hingewiesen.

Spannend ist die Entwicklung bei der Inklusion von behinderten Menschen. Mit der Einrichtung eines gemischten Kindergartens in Salem-Stefansfeld ist der Bodenseekreis auf gutem Weg. Mein Dank gilt hier dem außerordentlich engagierten Schulleiter der Sonnenbergschule in Buggensegel und der Gemeinde Salem dafür, dass dieses „joint venture“ möglich wurde. Klar ist aber auch, dass Inklusion nicht zum Nulltarif zu haben ist. Wenn hier neue Aufgaben auf die Landkreise zukommen, dann ist das aus Sicht des Landkreistages ein klarer Fall der Konnexität: und das heißt, dass derjenige, der gesetzliche Regelungen dazu erlässt, die dadurch entstehenden Kosten zu übernehmen hat. Es zeichnet sich einmal mehr ein Kräftemessen zwischen den Stadt- und Landkreisen einerseits und dem Land Baden-Württemberg andererseits ab. Wie bereits mehrfach erwähnt, wurde an anderen Stellen letztlich immer auch eine Einigung erzielt, so wird es, da bin ich zuversichtlich, auch hier sein.

Lassen Sie mich nun aber einen Blick auf den Vermögenshaushalt werfen:

Unsere Investitionen belaufen sich im kommenden Jahr nach dem vorliegenden Haushaltsentwurf auf 23,5 Mio Euro. Das ist etwas weniger als im laufenden Jahr, allerdings sind noch nicht alle Maßnahmen aus 2014 abgearbeitet. Daher sind die etwas geringeren Ausgaben im kommenden Jahr realistisch.

Einmal mehr bilden Schulen und Straßen den Schwerpunkt der Investitionen. Während die Sanierungsmaßnahmen beim Bildungszentrum und in der Pestalozzischule in Markdorf wie auch beim Berufschulzentrum in Friedrichshafen planmäßig mit über zwei Mio Euro veranschlagt sind, hat uns die notwendige Erneuerung des Glasdachs beim Berufschulzentrum Überlingen überrascht. Nachdem Undichtigkeiten aufgetreten waren, wurde festgestellt, dass es auch statische Probleme gibt, deren Beseitigung rund 800.000 Euro kosten wird, die aber letztlich unumgänglich ist.

Beim Straßenbau stehen mit dem Beginn des Baus der Südumfahrung Kehlen und der so genannten Affenbergstraße zwei große Projekte an. Leider wird es wohl mit dem Beginn der Südumfahrung Kehlen in diesem Jahr nicht mehr klappen, wie ich das gehofft habe. Es ist alles fertig, und morgen könnte es losgehen. Aber leider machen uns und dem Regierungspräsidium Tübingen die neuen Förderrichtlinien des Landes gehörig zu schaffen. Wie ich mehrfach berichtet habe, gibt es jetzt nur noch eine Höchstbetragsförderung. Das führt dazu, dass der Landkreis logischerweise alle denkbaren Mehrkosten aufrechnet – und davon gibt es bei der Südumfahrung Kehlen aufgrund des schwierigen Untergrunds gerade genug – während das RP als Hüter der Finanzinteressen des Landes von möglichst geringen Kosten ausgehen möchte. Hier zeigt sich, dass die Neuregelung der Förderung jedenfalls nicht zur Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens beigetragen

hat. Vermutlich war das aber auch so gewollt. Ich hoffe aber dennoch, dass wir zeitig im neuen Jahr mit der Maßnahme beginnen können.

Das Landratsamt selber ist im kommenden Jahr mit ungewöhnlich hohen Investitionen vertreten: die technische Erneuerung der Rettungsleitstelle ist mit der ersten Rate in Höhe von etwas über einer Mio Euro im Vermögenshaushalt ebenso enthalten wie Brandschutzmaßnahmen und notwendige Erhaltungsmaßnahmen an der Tiefgarage in der Albrechtstraße 75, die mit einer knappen Mio Euro zu Buche schlagen. Nachdem eine Vielzahl unserer Gemeinden Lärmaktionspläne für ihre Bevölkerung erarbeitet haben, wollen wir deren Ergebnisse mit zusätzlicher Überwachung der Geschwindigkeiten unterstützen. Entsprechende Anträge der Gemeinden liegen bereits vor. Die neuen Anlagen kosten knapp 400.000 Euro – dieses Geld wird allerdings im Laufe der Zeit durch mehr Bußgeldeinnahmen wieder in die Kreiskasse kommen.

Größere Investitionen stehen bei der Straßenmeisterei in Tettnang an, wo der Ersatz für die einsturzgefährdete Salzhalle gebaut werden soll, die Erweiterung der Bauschuttdeponie Füllenwaid in Überlingen kann weiter gehen und das bereits vom Kreistag in der letzten Wahlperiode beschlossene Darlehn für das gemeindepsychiatrische Zentrum in Friedrichshafen ist ebenfalls verbucht. Und schließlich soll die Feuerwehr das im Feuerwehrbedarfsplan des Landkreises vorgesehene neue Fahrzeug bekommen.

Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle beim Kreistag noch einmal dafür, dass wir die Mittel für unseren erweiterten Bürgerservice im Gebäude Glärnischstraße bekommen haben. Der Eingangsbereich des Landratsamts hat sich damit nicht nur optisch verändert. Die Abläufe sind noch kundenfreundlicher geworden. Nachdem der Landkreis mit der Servicenummer 115 und der damit verbunden telefonischen Erreichbarkeit von Montag bis Freitag in der Zeit von 7.30 Uhr bis 18 Uhr schon Vorreiter in Baden-Württemberg war, haben wir auch hier gezeigt, dass wir uns nicht nur als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger verstehen, sondern das auch in die Tat umsetzen. Wir sind hier aber noch lange nicht am Ende, die endgültige Umsetzung unserer Planung eines Bürgeramtes für alle kundenintensiven Bereich wird sich aber erst umsetzen lassen, wenn wir wissen, wie es mit dem Gebäude in der Glärnischstraße weiter geht. Hierzu laufen Gespräche mit der Stadt Friedrichshafen. Ich denke, dass der Kreistag im kommenden Jahr die notwendigen Beschlüsse fassen wird.

Alles in allem lässt der Haushaltsplan so, wie er im Entwurf jetzt vor Ihnen liegt, also kaum Wünsche offen. Es wird, meine Damen und Herren, der letzten Haushalt in dieser Form sein. Im kommenden Jahr wird der Landkreis als drittletzter in Baden-Württemberg endlich auf die doppische Buchführung umstellen. Damit sind wir alle erheblich gefordert. Wir werden nach der Sommerpause 2015 verschiedene Schulungen auch für die Mitglieder des Kreistages anbieten, damit wir uns miteinander auf das „Neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen“, wie das so schön auf verwaltungsdeutsch heißt, einstellen können.

Nun bedanke ich mich herzlich bei allen, die den vorliegenden Entwurf zusammen gestellt haben, allen voran bei unserem Kreiskämmerer, Herrn Hermanns, bei seinem Team vom Kämmereiamt unter Herrn Männle, bei den Herren Dezernenten, die einerseits die Wünsche aus ihren Dezernaten eingebracht, letztlich aber soweit zurück genommen haben, dass wir den Entwurf ausgleichen konnten. Bei Ihnen bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit und bin überzeugt, dass wir miteinander den Haushaltsplan konstruktiv auf den Weg bringen werden.